



---

## Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

---

**a) Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind**

Deutscher Bundestag, Verwaltung  
Referat ZT 6 - Vergaben  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/227-33234  
Fax: 030/227-30374  
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

Geschäftszeichen/Vergabenummer: **ZT6-1133-2015-193-17-IT3** (Bitte angeben!)

Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei bei der oben genannten Stelle, vorzugsweise per E-Mail, angefordert werden.

**b) Art der Vergabe**

Öffentliche Ausschreibung

**c) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**

Schriftlich im verschlossenen Umschlag und mit einer den Vergabeunterlagen beiliegenden Angebotsbeschriftung versehen.  
Eine elektronische Angebotsabgabe ist nicht möglich.

**d) Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung**

Durchführung von jährlich rund 80 Sitzungen, auf 22 Sitzungswochen verteilt, im Plenarsaal statt, für die eine Sonderkanal- und eine Saalregie erforderlich sind. Die Dauer der einzelnen Sitzungen variiert und richtet sich nach den Belangen des parlamentarischen Betriebs.

Die durchschnittliche Anzahl der Personenstunden für die Bedienung im Sonderkanal beträgt für Arbeiten an Werktagen pro Jahr ca. 780 Stunden.

Die durchschnittliche Anzahl der Personenstunden für den Einsatz am Saalregiepult beträgt für Arbeiten an Werktagen ca. 370 Stunden je Jahr.

---

Die durchschnittliche Anzahl der Personenstunden für die Bedienung in beiden Regien an Samstagen, Sonn- und Feiertagen beträgt ca. 20 Stunden im Jahr.

Ort der Leistungserbringung sind die Regiekabinen des Plenarsaales des Deutschen Bundestages.

**e) Gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**

Eine Teilung in Lose ist nicht vorgesehen.

**f) Gegebenenfalls Zulassung von Nebenangeboten**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

**g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**

Leistungsbeginn ist der 1. Januar 2016. Die vertraglichen Leistungen sind zunächst bis zum 31. Dezember 2016 zu erbringen.

Die Auftraggeberin hat das Recht, den Vertrag zweimal um ein weiteres Jahr zu verlängern (längstens bis zum 31. Dezember 2018).

**h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**

Siehe a)

**i) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**

Ende der Angebotsfrist: 29.09.2015, 12.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 30.11.2015

**j) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**

Keine

**k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**

Leistungsbeschreibung mit Preisangaben, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

**l) Mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die die Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangen**

**Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind**

- 1) Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer.
- 2) Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung „INS“ (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
- 3) Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
- 5) Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre im auftragsrelevanten Bereich (Dienstleistungen für Ton- und Beschallungstechnik). Der Jahresumsatz muss jeweils mindestens 100.000 Euro (netto) betragen.

Bei Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmern sind die jeweiligen Jahresumsätze zu addieren (es genügt, wenn die erforderliche Gesamtsumme dadurch erreicht wird). Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebotes (Punkt 3.5 des Angebotsvordrucks).

- 6) Angabe von drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen (Dienstleistungen für Ton- und Beschallungstechnik) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Für die Abgabe der Referenzen ist der beigefügte Vordruck (Anlage 1) zu verwenden.

Die Referenzvordrucke sind zu nummerieren. Bei Vorlage von mehr als drei Referenzvordrucken werden nur die ersten drei Vordrucke berücksichtigt.

Die Referenzen müssen von mindestens zwei verschiedenen Auftraggebern stammen.

Ein bevollmächtigter Mitarbeiter des Referenzauftraggebers hat auf dem Referenzvordruck per Schulnoten Beurteilungen zu Aspekten der Leistungserbringung abzugeben, diesen zu unterschreiben und ggf. mit Firmen-/Amtsstempel zu versehen. Der Durchschnitt aus diesen Noten darf den Wert von 2,5 nicht überschreiten (sonst: Anforderungen an die Eignung schon aus diesem Grund nicht erbracht).

Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss.

Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen.

- 7) Eigenerklärung über die Dauer der Tätigkeit im auftragsrelevanten Bereich (Dienstleistungen für Ton- und Beschallungstechnik); diese muss mindestens bei drei Jahren liegen. Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks).
- 8) Eigenerklärung über die zur Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter; für die Leistungserbringung müssen mindestens drei Techniker (Radio- und Fernsehtechniker, Veranstaltungstechniker, Tontechniker oder gleichwertiger Art) mit mindestens zwei Jahren Berufserfahrung bereitgehalten werden. Die Unterschreitung dieser Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebots (Punkt 3.7 des Angebotsvordrucks).
- 9) Für die zur Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter (mindestens drei Techniker mit mindestens zwei Jahren Berufserfahrung) sind folgende Nachweise zu erbringen (Punkt 3.8 des Angebotsvordruckes):
  - Kopie Ausbildungszeugnis (Radio- und Fernsehtechniker, Veranstaltungstechniker, Tontechniker oder gleichwertiger Art)

Es können auch Eigenerklärungen, die im Falle einer beabsichtigten Zuschlagserteilung vor Vertragsschluss anhand geeigneter Unterlagen zu belegen sind, vorgelegt werden. Die Unterschreitung der Mindestanforderungen führt zur Nichtberücksichtigung des Angebotes.

- 10) Eigenerklärung, dass das eingesetzte Personal über gute Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks).
- 11) Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
- 12) Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

**Nachweise, die auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen sind**

- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.

**Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden**

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:  
Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**m) Sofern verlangt, Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen**

Keine

**n) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden**

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlich günstigste Angebot nach dem Kriterium Preis (Gewichtung 100 Prozent).

**o) Sonstige Hinweise**

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 22.09.2015 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

Nach Versendung der Angebotsunterlagen findet auf Wunsch des Bieters ein Ortsbesichtigungstermin statt, der ihm Gelegenheit geben soll, die betroffenen Regieräume des Deutschen Bundestages und deren technische Ausstattung zu besichtigen.

Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei bei der Auftraggeberin, vorzugsweise per E-Mail, angefordert werden.